

II-3364 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVI. Gesetzgebungsperiode

Nr. 1650 13

1985 -10- 2 4

A N F R A G E

der Abgeordneten Dr. Jankowitsch, Cap
und Genossen
an den Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten
betreffend die Haltung Österreichs zur Frage des Nicht-Erst-Einsatzes
("no first use") von Kernwaffen durch die Nuklearmächte

Die Frage der Verpflichtung der Nuklearmächte zum Nicht-Erst-Einsatz von Kernwaffen ist in den letzten Jahren zu einem zentralen Thema der internationalen Rüstungskontrolldiskussion geworden.

Während zwei der großen Nuklearmächte bei der Zweiten Sonder-Generalversammlung der Vereinten Nationen über Abrüstung eine solche Verpflichtungserklärung vorläufig in einseitiger Form abgegeben haben, hält zumindest eines der großen Bündnissysteme an der Möglichkeit eines Erst-Einsatzes von Kernwaffen als Teil seiner Verteidigungsdoktrin - vor allem als Reaktion auf die konventionelle Überlegenheit der anderen Seite - fest.

Die Notwendigkeit und Nützlichkeit der Erst-Einsatzdoktrin ist aber vor allem auch in westlichen Staaten in letzter Zeit Gegenstand zunehmender Kritik. Diese geht u.a. von Persönlichkeiten wie dem früheren amerikanischen Verteidigungsminister und späteren Präsidenten der Weltbank Robert McNamara, dem früheren amerikanischen Außenminister Cyrus Vance und dem Sicherheitsberater Präsident Kennedy's McGeorge Bundy aus. Wesentliche Argumente gegen die Erst-Einsatzdoktrin faßt auch der international stark beachtete Bericht der PALME-Kommission zusammen.

Selbst wenn man - wie manche Kritiker - davon ausgeht, daß die Beobachtung eines Ersteinsatzverzichtes der Kernwaffenstaaten - nur schwer "verifizierbar" wäre, käme einer solchen, vor allem

- 2 -

in gegenseitig verbindlicher Form abgegebenen Verzichtserklärung doch eine erhebliche Wirkung im Bereich der politischen Vertrauensbildung zu. Aufbauend auf dem Vertrauen, das durch eine solche Verpflichtung geschaffen würde, könnten sodann konkrete, über das deklaratorische hinausgehende Rüstungskontrollmaßnahmen abgeschlossen werden.

Diese Überlegungen haben eine wachsende Zahl von Staaten - darunter auch die Mehrzahl der europäischen Neutralen - veranlasst, in den Vereinten Nationen für eine Resolution zu stimmen, die den Verzicht auf den Erst-Einsatz von Kernwaffen fordert.

Angesichts dieser Umstände richten die unterfertigten Abgeordneten an den Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten die nachfolgende

A n f r a g e:

1. Wie hat sich Österreich bei den bisherigen Abstimmungen über Resolutionen der Generalversammlung der Vereinten Nationen zur Frage des Erst-Einsatzes verhalten?
2. Von welchen Überlegungen war dieses Abstimmungsverhalten Österreichs bestimmt?
3. Wird das Abstimmungsverhalten Österreichs zu einer entsprechenden Resolution im Rahmen der 40. Generalversammlung der Vereinten Nationen Gegenstand neuerlicher Überlegungen, insbesondere im Hinblick auf die Haltung anderer neutraler Staaten sowie die Bedeutung dieser Frage auch im Rahmen der KVAE von Stockholm gemacht werden?